

# Die Überversorgung wird korrigiert

Der Landrat stellt sich hinter das neue Altersbetreuungs- und Pflegegesetz



**Alters- und Pflegeheime mit zu vielen stationären Betten.** Der Landrat eliminiert mit einer Gesetzesrevision die bestehenden Fehlanreize (im Bild das Zentrum Schlossacker in Binningen, das 2013 eröffnet wurde). Foto Florian Bärtschiger

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Dass es dringlich ist, mit dem neuen Altersbetreuungs- und Pflegegesetz der Kostenspirale nach oben Grenzen zu setzen, wurde gestern bei der ersten Lesung im Landrat von Anfang an deutlich. Trotz einzelnen kritischen Voten stellten sich alle Fraktionen hinter den Grundsatz, dass das alte Gesetz mit seinen Fehlanreizen abgelöst werden muss. Dennoch gab es auch Kritik, vor allem von freisinniger Seite. Die FDP monierte, dass im neuen Gesetz zu viel reguliert und den Gemeinden zu wenig Spielraum gelassen werde.

## Neue Versorgungsregionen

Hauptziel der Gesetzesreform ist es, eine qualitativ gute, aber kostenbewusste Versorgung für die betreuungsbedürftige ältere Generation sicherzustellen. Zudem sollen den Gemeinden, die dafür zuständig sind, möglichst weitreichende Kompetenzen

übertragen werden, damit diese die Altersbetreuung und die Pflege nach ihren unterschiedlichen Bedürfnissen steuern können. Die Gemeinden erhalten zudem die Pflicht, sich nach eigenem Ermessen in Versorgungsregionen zusammenzuschliessen. Regierungsrat Thomas Weber meinte gestern, mit dem neuen Gesetz werde



## Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

exemplarisch geregelt, wie die drei Staatsebenen zusammenarbeiten. Die Gemeinden stellten sich hinter die Gesetzesrevision, beteuerte Weber.

Eine Eintretensdebatte wurde gestern formell von Daniel Altermatt (GLP) ausgelöst, der damit für Transparenz sorgen wollte. Hauptthema waren die Fehlanreize der alten Gesetzgebung bei

der Bedarfsplanung im stationären Langzeitpflegebereich. Zahlreiche Gemeinden hatten im Zuge des Freipasses beim Abrufen von kantonalen Investitionsbeiträgen ein Überangebot geschaffen. Stellvertretend für solche Fehlentwicklungen räumte Georges Thüring (SVP) für das Laufental ein, dass es einst lokal darum gegangen sei, möglichst viel Geld für die Betten der Region beim Kanton abzuholen. «Was man hat, hat man», sei die Devise gewesen. Der Kanton habe dies unterstützt, indem er zu hohe Richtwerte für die Versorgung aufgestellt habe.

## FDP skeptisch

Peter Brodbeck (SVP) stellte klar, dass es neu um den Bedarf und nicht mehr wie früher um die postulierten Bedürfnisse gehe. Auch Regula Meschberger (SP) und Marie-Theres Beeler (Grüne) hielten fest, dass zwar die Qualität der Versorgung zu gewährleisten sei, aber die Versorgung nicht

aufgeblasen werden dürfe. Skeptisch äusserte sich die FDP: Fraktions-sprecher Sven Inäbnit kritisierte, dass das Gesetz «zu planwirtschaftlich» daherkomme und den Gemeinden zu wenig Spielraum lasse. Marianne Hollinger (FDP) bezweifelte sogar, dass das neue Gesetz die Überkapazitäten behebe. Der «Bürokratie-Moloch» verteuere die Versorgung. Je nach regionaler Herkunft waren sich die Räte auch uneinig über den Grad der bestehenden Überversorgung.

In der Detailberatung gab es im Rat mehrere Auseinandersetzungen über Details der Kompetenzen für die Gemeinden. Knapp wurde es beim Antrag von Sven Inäbnit (FDP), auf eine gesetzliche Verpflichtung der Gemeinden für fixierte Ausbildungsplätze zu verzichten. Der Antrag wurde mit Stichentscheid von Ratspräsidentin Elisabeth Augstburger (EVP) abgelehnt, dürfte aber in der zweiten Lesung erneut gestellt werden.

# Gebührenerhöhung auf wackligen Füßen

Pattsituation bei den Kosten für Baubewilligungen

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Es war fast schon eine verkehrte Welt, die der Landrat gestern in der Frage der Baubewilligungsgebühren darbot. Nicht die Bürgerlichen von SVP und FDP unterstützten «ihre» Regierung. Es waren die SP, die Grünen und die CVP, welche Baudirektorin Sabine Pegoraro gestern zu einem zumindest vorläufigen Sieg verhalfen. Entschieden ist freilich noch gar nichts. Die Entscheide fielen gestern jeweils mit einer Stimme Unterschied, sodass in der zweiten Lesung noch alles möglich ist.

Die Regierung will im Rahmen der Finanzstrategie mittels Revision des Raumplanungs- und Baugesetzes die Gebühren für Baubewilligungen erhöhen. Allerdings nur bei sehr grossen Bauprojekten, von denen es pro Jahr fünf bis acht gibt. Bei der Gebührenhöhe besteht zurzeit eine Obergrenze von 100 000 Franken. Dadurch fällt die Gebühr für die Grossprojekte relativ zu den anderen um 10 000 bis 20 000 Franken zu tief aus. Entsprechend beantragte die Regierung eine Erhöhung der Obergrenze auf 150 000 Franken.

Die Vorlage stand jedoch unter keinem guten Stern. Die vorberatende Bau- und Planungskommission (BPK) lehnte die Revision mit sechs zu vier Stimmen ab. Die SVP wollte daher gar nicht erst darauf eintreten. «Diese Vorlage ist unbrauchbar. Sie ist weder Fisch noch Vogel und trägt überhaupt keinem

Anliegen Rechnung», sagte Peter Riebli namens seiner SVP-Fraktion.

## Knapper Eintretensentscheid

Die FDP schloss sich dem Nichteintretensantrag an. Die Bürgerlichen machten vor allem geltend, eine Gebührenerhöhung beeinträchtigt die Standortqualität des Kantons Basel-Stadt. Demgegenüber sah die Linke in den höheren Gebühren einen kleinen Beitrag zur Gesundung der Staatsfinanzen, wie Martin Rüegg (SP) erklärte. Und Baudirektorin Sabine Pegoraro bezeichnete die Erhöhung als für den Standort verknäppert. Mit 43 zu 42 Stimmen trat der Landrat dann denkbar knapp auf die Revisionsvorlage ein.

Felix Keller stellte dann namens der CVP-Fraktion in der Detailberatung den Antrag, auf eine Obergrenze der Gebühren für Baugesuche überhaupt zu verzichten. Das Gesetz würde dann nur noch die Grundlage zur Gebührenerhöhung ohne Nennung einer Höchstzahl enthalten. Das heisst: Die Gebühren könnten dann nicht nur mehr als 100 000, sondern theoretisch auch mehr als 150 000 Franken betragen. Der Rat hiess den Antrag schliesslich nach längerer Debatte – wiederum äusserst knapp – mit 43 zu 42 Stimmen gut. Ob der Entscheid in der zweiten Lesung gleich ausfällt, ist völlig offen und könnte nicht zuletzt von den Abwesenden abhängen. Auch dass am Schluss das Volk darüber noch entscheiden muss, ist nicht ausgeschlossen.

## Adil Koller rudert zurück

Missverständnis bei Rolf Richterichs S9-Aussage

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Adil Koller hat sich bei FDP-Fraktionschef Rolf Richterich für eine Aussage im Interview mit der BaZ vom 25. Oktober entschuldigt. Der SP-Präsident hatte im Zusammenhang mit einer Aussage Richterichs in der landrätlichen Debatte zum Läuferfingerli Folgendes gesagt: «Ich war noch frisch im Landrat, als Rolf Richterich sagte, dass sowieso niemand ins Homburgertal wolle. Das war ziemlich arrogant und weit entfernt von den Lebensrealitäten der Menschen.» Das Problem war nur, dass Richterich offenbar etwas ganz anderes gemeint als Koller verstanden hatte. Nämlich nicht, dass niemand ins Homburgertal gehen wolle, sondern dass niemand hinauf zu den höher gelegenen Bahnhöfen der S9 steigen wolle und deshalb die Fahrgastzahlen

so tief seien. Das aber hatte Adil Koller, wie er gegenüber der BaZ erklärte, falsch verstanden.

## Trotzdem für Stilllegung

Rolf Richterich betonte gestern, dass er sich als Laufentaler niemals negativ über das Homburgertal und dessen Bewohnerinnen äussern wollte. Das ändere aber nichts daran, dass er weiterhin für die Stilllegung der S9 sei. Die Weiterführung des Läuferfingerli komme einer «Doppelspurigkeit beziehungsweise einer Batzen-und-Weggli-Verkehrspolitik» gleich.

Im allerschlimmsten Fall, dann nämlich, wenn der Läuferfinger Gemeindepräsident Dieter Forter die Aussagen Richterichs ebenfalls falsch verstanden hätte, wäre dieser möglicherweise sogar zu Unrecht aus der FDP ausgetreten.

## Kompromisslösung gutgeheissen

Neue Regelung für die Stawa-Fachkommission verabschiedet

**Liestal.** Die Kompromisslösung bezüglich Zusammensetzung der Fachkommission Aufsicht Staatsanwaltschaft und der Behandlung ihrer Berichte ist gestern im Landrat nach der zweiten Lesung mit grossem Mehr gutgeheissen worden. 79 zu 2 Stimmen lautete das Resultat der Schlussabstimmung, womit für die Neuregelung auch mit grösster Wahrscheinlichkeit keine Volksabstimmung nötig ist. Künftig soll nur noch mindestens ein Richter statt bisher zwei dem dreiköpfigen Aufsichtsgremium angehören. Die Prüfungsberichte der Fach-

kommission gehen zuerst an die Regierung. Diese fasst ihre Beschlüsse und leitet das Dossier dann der Justiz- und Sicherheitskommission (JSK) weiter, die zuhanden des Landrats dazu Stellung nimmt.

Jacqueline Wunderer brachte zu Beginn der Debatte die Enttäuschung der SVP über das Resultat der Revision zum Ausdruck. Ebenso kritisierte sie, dass die Empfehlungen der Fachkommission jeweils kaum umgesetzt worden seien, was Sicherheitsdirektor Isaac Reber allerdings als «falsche Behauptung» zurückwies. Gu

## Nachrichten

### In der Ermitage müssen Bäume gefällt werden

**Arllesheim.** Ab November 2017 müssen in der Ermitage aus Sicherheits- und Pflegegründen die Felsen gereinigt sowie einzelne Bäume gefällt werden. Es handle sich um Bäume, welche dürre Baumkronen oder starken Pilzbefall aufweisen, teilt der Gemeinderat mit. Die Arbeiten würden voraussichtlich bis Mitte Dezember dauern. Während dieser Zeit müsse mit leichten Behinderungen gerechnet werden.

### Leichter Überschuss – Steuern bleiben tief

**Biel-Benken.** Biel-Benken sieht für das Jahr 2018 ein ausgeglichenes Budget vor. Bei einem Gesamtaufwand von rund 15,2 Millionen Franken resultiert ein Ertragsüberschuss von 54 848 Franken. Der Gemeinderat beantragt der Einwohnergemeindeversammlung deshalb die Beibehaltung des Steuerfusses für natürliche Personen von 46 Prozent. Damit gehöre die Gemeinde nach wie vor zu den steuerlich attraktivsten Gemeinden des Kantons, schreibt der Gemeinderat.

### Prattler Budget leicht in den roten Zahlen

**Pratteln.** Das vom Gemeinderat zuhanden der Rechnungsprüfungskommission (RPK) und des Einwohnerrates verabschiedete Budget sieht für das Jahr 2018 bei einem Aufwand von 88,1 Millionen einen Aufwandüberschuss von 354 800 Franken vor. Durch gestiegenen – nicht beeinflussbaren Lohn- und Sachaufwand – sei das Ziel eines ausgeglichenen Budgets nicht ganz erreicht worden, schreibt der Prattler Gemeinderat.

### Einkaufen, reisen und essen mit Geschenkkarte

**Liestal.** Baselland Tourismus hat eine Geschenkkarte lanciert – die Baselland-Card. Restaurants, die Luftseilbahn Reigoldswil-Wasserfall, Aquabasilie, Augusta Raurica und viele anderen mehr akzeptieren die Karte, aber auch Baselbieter Spezialitäten können eingekauft werden, etwa im Siebe Dupf, in Jenzer-Feinkost-Filialen oder im Bergladen in Sissach. [www.basellandcard.ch](http://www.basellandcard.ch)

## Neben den Noten neu ein Setting

Klarheit über Berufswahl

**Liestal.** Ab dem nächsten Schuljahr gelten erweiterte Zulassungsbedingungen für die Fachmittelschule (FMS) und für die Wirtschaftsmittelschule (WMS). Zusätzlich zu den Noten müssen Lernende ein Informationssetting durchlaufen, das ihre Berufswahl klärt und festigt. Zukünftige Lernende besuchen somit eine obligatorische Einführungsveranstaltung und absolvieren daraufhin ein Online-Self-Assessment, das in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) entwickelt wurde. Dies soll zu bewussteren Entscheidungen für eine schulische oder duale Laufbahn führen, schreibt die Regierung. pdf

## Glückwünsche

### 80. Geburtstag

**Reinach.** Der Weltenbummler **Alfred Henz** feiert heute seinen runden Geburtstag. Wir gratulieren hierzu herzlich und wünschen ihm weiterhin viele schöne Erlebnisse auf seinen Reisen sowie alles Gute für das neue Lebensjahr.

### Goldene Hochzeit

**Allschwil.** Ihren 50. Hochzeitstag begehen heute **Elisabeth** und **Franz Keusen-Buchsacher**. Wir wünschen den Jubilaren einen prächtigen Tag. Möge das neue Ehejahr ihnen Gesundheit, Glück und Freude bringen. [gratulationen@baz.ch](mailto:gratulationen@baz.ch)